

**Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen**  
 BERN, Erlachstrasse, 23  
 (Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)  
 Jährlich etwa 40 Nummern (deutsche & franz. Ausgabe) für Fr. 4 i.d. Schweiz; Fr. 6 in den anderen Ländern.  
 Alle Buchhandlungen, Postanstalten, sowie das Sekretariat nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 10 cts. — 40 Pf.

# Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Schweizer-Postscheckkonto Bern III 496.  
 Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erlachstr. 23 gratis zugesandt.

**Schweizer Komitee des Bundes:** Dr. August FOREL, alt Professor an der Universität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern; Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Professor an der Universität Zürich; Dr. A. HUBER, alt Zivilgerichtspräsident, Basel; Dr. A. SUTER, Präs. d. Gemeinderats v. Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u. a. m.  
**Präsident des Bundes:** Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

**Internationaler Ehrenausschuss:** Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUENBERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUR, eh. Ministerpräsident von Neuseeland; Lino FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u. a. m.  
**Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.**

«Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.»

## Das Turnier der Friedensnoten

Bern, am 2. Januar 1917.

Der Notenwechsel zwischen den Zentralmächten, dem Vierverbände und den Neutralen lässt sich sowohl vom Standpunkte ihrer *praktischen Wirkung* wie auch im Hinblick auf die juristische und ethische Wertung dieser Schriftstücke würdigen.

Die praktische Wirkung dürfte für den Augenblick keine bedeutende sein. Der Vierverband hat die Note der Zentralmächte *abgelehnt* und mag sich auch der Notenaustausch zwischen Neutralen und Kriegführenden noch einige Zeit hinziehen, so dürfte er am Fortgang der Kriegshandlungen kaum etwas Wesentliches ändern. Beide Teile werden während des Winters durch Militarisierung fast ihrer gesamten Bevölkerung ihre Munitionsvorräte in weitgehendem Masse ergänzen und im Frühling und Sommer all diese Granaten ihrem Vernichtungszwecke zuführen. Ein neuer Kriegsabschnitt von noch schärfer ausgeprägtem technischem Zuschnitt, noch grösseren Menschen- und Wirtschaftsoffern als bisher wird einsetzen.

Freilich dürfte damit die praktische *Erprobung* auch der *letzten* Organisationsmöglichkeiten in die Wege geleitet werden und wenn die Kämpfe wieder auf den Hauptschauplätzen ergebnislos bleiben, wenn sich auf den Nebenschauplätzen wieder Erfolge und Misserfolge beider Parteien ausgleichen — wie im Jahre 1916 — so dürften damit die beiderseitigen Hoffnungen auf die Möglichkeit eines vollständigen Sieges sehr stark geschmälert werden. Die Aussicht ist also nicht von der Hand zu weisen, dass Weihnachten 1917 gelinge, was Weihnachten 1916 — wohl gescheitert ist, aber doch zu tief aufrührenden Ideenbewegungen geführt hat, dass zu Beginn des Jahres 1918 die Friedensverhandlungen beginnen und im Sommer 1918 der Friedensvertrag unterzeichnet wird.

Diese Entwicklung würde ungemein erleichtert werden, wenn sich die Neutralen derart zusammenschliessen würden, um nicht bloss das Gewicht ihrer guten Argumente, sondern auch das einer geschlossenen *Machtstellung* in die Wagschale werfen zu können, auf der die Kriegführenden die Gesichtspunkte für und wider die Beendigung des Krieges wägen. Sehr wertvoll wäre es auch, wenn die Neutralen zunächst *unter sich* jenes *Gefüge obligatorischer Schiedsgerichtsverträge mit gemeinsamer Garantie für ihre Erfüllung* abschliessen wollten, das allein, wie auch Wilson ausführte und wie die einflussreichsten Staatsmänner der Kriegführenden zugaben, den Frieden der Zukunft verbürgen kann. Wenn die Kriegführenden nicht bloss ein Theoriengebäude, sondern eine reale, wenn auch beschränkte *Erfahrung* sich gegenüber sähen, so würden sie sich leichter zur Ausdehnung des Versuches auf die gesammte Kulturwelt entschliessen können.

Die moralische und juristische Wertung der in den Friedensnoten zum Ausdruck gelangenden *Intentionen* bietet gleichfalls ein gewisses praktisches Interesse, weil sie die *Erkenntnis jener psychologischen Faktoren erleichtert*, mit denen beim nächsten Versuche der Friedensvermittlung oder besser *Friedenserzwingung* zu rechnen ist. Im nachstehenden sei daher der Versuch gemacht, den Motiven der einzelnen Parteien nachzuforschen und dieselben so unparteiisch als möglich zur Darstellung zu bringen.

Die *Zentralmächte* haben aus dem unentschiedenen Verlaufe der bisherigen Kriegsjahre die Ueberzeugung gewonnen, dass eine Niederwerfung der feindlichen Grossmächte unmöglich sei und für die vorauszu sehenden Opfer weitem Ringens ein entsprechender Gegenwert fehle.

Sie waren ferner der Ansicht, dass eine Beendigung des Kampfes unmittelbar nach dem blendenden rumänischen Erfolge eine bessere Basis für Friedensverhandlungen bieten würde, als sie nach menschlicher Voraussicht im Verlaufe des Krieges wiederzukehren vermöchte.

Sie meinten darum, dass ein Abschluss des Krieges ihrem wohlverstandenen Nationalinteresse, das im übrigen dem Interesse der Menschheit an Beendigung ihrer Selbstzerfleischung durchaus parallel laufe, wohl entsprechen würde. Ihre Führer, von staatsmännischem Weitblick geleitet und besser als ihre radikal-nationalistischen Gegner erfassend, dass der Höhepunkt der militärischen Erfolge Deutschlands erreicht sei, waren entschlossen, die Schwierigkeiten des Erschöpfungskrieges voll und ganz für die Beurteilung der möglichen Friedensziele zu eskompieren und sich mit der Begründung des polnischen Vasallenstaates und dem Zusammenschlusse Mitteleuropas als einzigen wesentlichen Errungenschaften des Krieges zu begnügen, *auf Annexionen dagegen zu verzichten*.

Ein *schlichtes*, von allem Wortgepränge losgelöstes Friedensangebot in diesem Sinne hätte *bedeutende* Erfolgchancen besessen und jedesfalls den Zentralmächten viele neutrale Sympathien gewonnen. Leider glaubten die Zentralmächte jedoch in ihren Noten und den sie erläuternden Kanzlerreden zwei anderen Gesichtspunkten Rechnung tragen zu müssen: Der Pose des *Siegers* in einem *Verteidigungskriege*, welche ihnen einen moralischen Triumph bei Freund und Feind sichern sollte und der *Rücksicht auf die annexionistischen Parteien*, die so spät als möglich — wenn tunlich, erst bei Erreichung eines nicht mehr rückgängig zu machenden Verhandlungsstandes — von der völligen Aufgabe der Annexionsziele erfahren sollten. Diese letztere Rücksicht brachte die Zentralmächte um all die Vorteile ihrer auf Mässigkeit gebauten Intentionen, erweckte Misstrauen bei Neutralen und Feinden, gestattete ihnen nicht, auf den Wunsch des Präsidenten Wilson, ihre Friedensbedingungen zu formulieren, einzugehen. Aus dem Wunsche heraus, *eine Störung des Friedens-*

*werkes durch die eigenen national-radikalen Strömungen zu vermeiden*, aus Mangel an Selbstbewusstsein ihnen gegenüber zerstörten die verantwortlichen Staatsmänner der Zentralmächte so *wesentliche Möglichkeiten ihres eigenen Erfolges*. Die annexionistischen Parteien Deutschlands wieder haben gerade durch ihre, der eigenen Regierung gegenüber betriebene Einchüchterungspolitik ihr die Hände zum *Schaden der an baldigen Friedensschluss geknüpften eigenen Nationalinteressen* gebunden.

Der moralische Erfolg andererseits, der mit der *Siegerpose* angestrebt wurde, ist zu mindest bei Neutralen und Gegnern völlig ausgeblieben und den letztern wurde so, wie wir unten sehen werden, ein vorzügliches Mittel zur befriedigenden Lösung einer peinlichen Zwangslage geboten.

Den *Vierverbandsmächten* kam die Friedensaktion der Zentralmächte im höchsten Grade *ungelegen*. Sie haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die allmähliche Einholung des deutschen Vorsprungs im Bewaffnungswesen und die grosse Fülle ihrer eigenen Reserven an Menschenzahl und wirtschaftlichen Hilfsmitteln ihnen doch noch gestatten werde, *das Kriegsglück zu ihren Gunsten zu wenden*. Eine Friedensverhandlung auf Grund der *derzeitigen Kriegskarte* konnte ihnen im günstigsten Falle die Wiederherstellung des Status quo ante gewährleisten und auch das schien ihnen angesichts der deutschen Weigerung, die Friedensbedingungen anzugeben, ungewiss; keinesfalls konnte es den Russen Konstantinopel, den Franzosen das Elsass, den Italienern Triest in den Schoss legen.

Der Vierverband wünscht darum die Fortführung des Krieges bis zu einer radikalen Veränderung der Kriegskarte als Basis der Friedensverhandlungen. Russland hat all dies auch klar einbekannt. Aber die Westmächte mussten fürchten, dass ihnen ein solches Geständnis nicht nur die Sympathien der Neutralen entfremde, sondern auch die Kriegsunlust bei den eigenen Volksparteien stark anschwellen liesse. *Sie suchten darum nach einer Formel, um die wahren Gründe ihrer Ablehnung nicht klar hervortreten zu lassen*. Der französische Senat glaubte sie in dem historischen Satze «dass man mit einem Feinde, der auf eigenem Boden stehe, nicht Frieden schiessen dürfe», gefunden zu haben. Er übersah, dass die *latente Ueberlegenheit des Vierverbandes* — von den verantwortlichen Staatsmännern der Zentralmächte klar erfasst — in deren *eigenen Augen* ein Gegengewicht gegenüber den erlangten territorialen Vorteilen bilde und dass eben darum für Frankreich ein Friede erlangbar wäre, der ihm keinerlei territoriale Nachteile auferlegen würde, *dass die Grundlage für die Eröffnung von Friedensverhandlungen derzeit für Frankreich genau so günstig wäre, als ob der Feind nicht auf französischem Boden stünde*. Fast könnte man sagen, dass dieser

stete Hinweis von französischer Seite auf die in der Besetzung französischen Landes ausgeprägten deutschen Erfolge ein Uebermass von Bescheidenheit darstelle; jedesfalls eine unrichtige Uebertragung der Wertmassstäbe vergangener Kriege auf die ganz anders geartete Problemstellung des gegenwärtigen technisch-wirtschaftlichen Ringens.

Die Regierungen des Vierverbandes haben diese Formel denn auch nicht bei Abfassung ihrer Antwortnote verwendet.

Von liberaler englischer Seite und von Seite der Pariser sozialistischen Partei wurde vorgeschlagen, das Hauptgewicht auf die Forderung einer *Bekanntgabe der deutschen Kriegsziele* zu legen. Aber die Vierverbandsregierungen fürchteten offenbar, Deutschland könne auf diese Forderung *eingehen* und man käme dann doch in die verhassten Friedensverhandlungen hinein. Freilich hätte die Ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber Wilsons Forderung, die Kriegsziele bekanntzugeben in dieser Richtung «beruhigen» können. Aber die schwerfällige Maschinerie der Verhandlung zwischen den 10 verbündeten Regierungen liess es wohl unrätlich erscheinen, die *vor Bekanntwerden* der deutschen Antwort an Wilson ins Auge gefassten Gesichtspunkte neuerdings umzuwerfen.

Man hatte inzwischen eine vom taktischen Standpunkt aus günstigere Lösung gefunden. Die Antwortnote der Verbündeten *beschäftigt sich zunächst gar nicht mit dem Friedensangebot der Gegner*, sondern mit deren Behauptung, «angegriffen worden zu sein». Und der Hinweis auf das österreichische Ultimatum am Serbien, auf die österreichische Kriegserklärung trotz Annahme der wesentlichen Punkte dieser Forderungen, auf das Nichteingehen Deutschlands auf die Vermittlungsvorschläge der Westmächte und das Schiedsgerichtsangebot Russlands sind allerdings geeignet, die objektive Unrichtigkeit der zentralmächtlichen These nachzuweisen. Auf die viel schwierigere Frage, inwieweit der *Präventivkrieg* Deutschlands und Oesterreichs nicht durch die serbischen Aspirationen und die Einkreisungspolitik der gegnerischen Grossmächte eine gewisse Erklärung finde, brauchten die Staatsmänner der Vierverbandes nicht einzugehen, weil ihnen die Gegner eben durch Aufstellung der unhaltbaren These, dass sie im *Jahre 1914 direkt angegriffen worden seien*, die Erwiderung *allzu leicht* gemacht hatten.

Ebenso leicht wurde es naturgemäss den Staatsmännern des Vierverbandes, die These vom «deutschen Sieg» durch den Hinweis auf den angesichts der Kräftereserven des Vierverbandes rein provisorischen Charakter des gegnerischen Uebergewichtes zu widerlegen.

Durch diese dialektischen Erfolge wird dann im oberflächlichen Lesen der Antwortnote die Meinung wachgerufen, dass die Zentralmächte bei Abfassung ihrer Note offenbar nicht guten Glaubens gewesen wären und man nimmt dann das leichtfertige Hinweggleiten über deren durchaus ernstgemeintes Friedensangebot, *auf das allein es doch vom praktischen Standpunkt ankommt*, mit in Kauf.

Gegenüber all diesen Zweideutigkeiten in den Noten der beiden kriegführenden Parteien tritt die Einheit von Gesinnung und Ausdruck, die Grösse der humanitären Gesichtspunkte in den Noten Wilsons und der Schweiz, denen sich seither auch die skandinavischen Regierungen anschlossen, in klare Erscheinung. Die neutralen Staaten wollen den Frieden, *weil der Krieg ihre eigenen Interessen und die Gemeinschaftsinteressen der Menschheit, an denen sie Anteil haben, verletzt*. Sie sagen das in klarer Weise und erfüllen damit eine ernste und schöne geschichtliche Mission.

Dass Wilson zum Unterschiede von der Schweiz besonderes Gewicht auf die *öffentliche Verlautbarung* der beiderseitigen Kriegsziele legte, konnte vielleicht angesichts der Schwierigkeit, die der

deutschen Reichsregierung von Seite ihrer «Anexionisten» erwächst, als bedenklich erscheinen. Aber das allgemeine Misstrauen, das den unpräzisen deutschen Vorschlägen begegnete, mochte eben Wilson nahelegen, dass die Publizierung der Kriegsziele Deutschlands, so schwierig sie nach innerpolitischer Seite auch sei, eben das *einzigste* Mittel darstelle, um jenen Teil der öffentlichen Meinung von Frankreich und England, der überhaupt dem Friedensgedanken zugänglich wäre, tatsächlich zu gewinnen. In der Tat ist es ja, insoweit Deutschland seine Kriegsziele nicht selbst formuliert, nicht möglich, zugunsten der Ansicht, (die auch *wir* auf Grund eingehenden psychologischen Studiums der deutschen Verhältnisse teilen), *dass dieselben massvoll sind*, einen strikten *Beweis* zu führen und dem Vierverbände kann es vielleicht wirklich nicht zugemutet werden, einen Friedenskongress zu beschicken und damit *die Schwächung der Kriegsstimmung, die einen so wichtigen Faktor des Sieges darstellt, auf sich zu nehmen*, wenn ihm die Gefahr droht, sich auf dem Friedenskongress vielleicht doch den Thesen der Anexionisten gegenüber zu finden.

Das Turnier der Friedensnoten ist so weit davon entfernt, die klare Uebersichtlichkeit der mittelalterlichen Kampfplätze zu bieten, auf denen die Ritter in blinkender Rüstung einander gegenübertraten. Viele einander kreuzende Gesichtspunkte, offene und verhehlte Motive verflochten sich ineinander. Noch fehlt die grosse *entscheidende* Kraft, der aus *unerträglich* gewordenem *Leid* geborne, *unwiderstehlich* gewordene *Friedenswille* der Regierungen und der Völker. In einem Jahre oder spätestens in deren zweien wird er all die Zweideutigkeiten von heute zerbrechen. Zu spät werden dann alle Kriegführenden erfassen, *dass sie nicht mehr erreichen können, als ihnen heute geboten war* und dass doch viel neue Tränen in der Zwischenzeit fliessen mussten.

D. R. BRODA.

## Der beste Weg zum Dauerfrieden

(Fortsetzung der Antworten.)

### Erwiderung von Nationalrat Dr. Schenkel (Winterthur)

*Ad I.* Die Sicherung künftigen dauernden Friedenszustandes erscheint mir gewiss als das wichtigste Ziel des gegenwärtigen Ringens. In den Kriegszielen beider Kriegführenden Parteien findet sich dieser Programmpunkt.

Meines Erachtens schliesen aber die andern Kriegsziele die Erfüllung dieses Programmpunktes direkt aus. Der bewaffnete Frieden kann niemals ein dauernder Friede sein. Wenn also die eine Partei sich als Ziel setzt, sich so einzurichten, dass die andere durch vergrösserte Rüstungen und Befestigungen im Schach gehalten werde, so wird das bei der Gegenpartei dazu führen, dass auch sie durch übermenschliche Anstrengungen auf die gleiche Höhe militärischer Macht zu kommen strebt. Das führt aber zu einem labilen Gleichgewichtszustand, bei dem die geringste Störung zur Katastrophe führen muss. Hinwiderum lässt sich der Militarismus der einen Partei nicht durch militärische Mittel der andern Partei beseitigen.

*Ad II.* Ich halte dafür, dass die Sicherung dauernden Friedenszustandes durch Errichtung einer internationalen Rechtsordnung und einer über hinreichende Machtmittel gegenüber eventuellen Friedensbrechern verfügenden internationalen Executivgewalt unter gewissen Bedingungen gewährleistet werden könnte. Die Bedingungen sind allerdings derart, dass ihre Erfüllung auf sehr grosse Schwierigkeiten stösst.

Nur zwischen Völkern mit durchaus demokra-

tischer Regierung ist ein solcher Zusammenschluss denkbar. Wahre, reine Demokratie ist aber nur da möglich, wo die Vormachtstellung des Kapitals gebrochen ist. Auch in einem Staatswesen mit demokratischer Verfassung besteht solange nur Scheindemokratie, als praktisch die besitzende Klasse kraft ihrer ökonomischen Ueberlegenheit die Herrschaft über die Klasse der Nichtbesitzer ausübt. Die reine Demokratie ist also nur im sozialistischen Staat möglich.

Bis zu einem gewissen Grad kann auch vor Einführung des sozialistischen Staates eine Friedensgarantie geschaffen werden. Dafür ist aber notwendig:

1. Gänzliche Abschaffung der Geheimdiplomatie.

2. Selbstbestimmungsrecht der Völker über Staatsform und Staatszugehörigkeit.

3. Uebergang des Entscheidungsrechtes über Krieg und Frieden in die Hand des Volkes oder seiner Vertretung.

Die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung und ihre wirksame Handhabung scheint mir unmöglich, solange als in einzelnen Staaten das Volk ganz von der Regierung ausgeschlossen ist, oder die Volksrechte nur ungleich verteilt sind. Die grossen Massen des Volkes, die vom Kriege allermeist nur die grossen Lasten zu kosten bekommen, haben ein eminentes Interesse an der Erhaltung des Friedens. Je stärker ihr Einfluss im Staate ist, um so grösser der Friedenswille.

*Ad III.* Einem sofortigen Friedensschluss unter allseitigem Verzicht auf jede Eroberung würde ich sofort zustimmen.

Längere Dauer des Krieges droht in Europa einen Zustand völliger Erschöpfung herbeizuführen. Jeder weitere Tag der Fortdauer des Kriegszustandes erschwert die Anbahnung des Friedens. Die ungeheure Schwächung der Volkskraft und des Volkswohlstandes durch den Krieg vermindert aber in rasch anwachsendem Masse die Möglichkeit, dass die Völker sich nach dem Krieg denjenigen Aufgaben widmen können, die der Wiederaufbau der Kultur stellt.

Je schneller der Krieg beendet ist, um so grösser die Aussicht, die verhetzten Völker wieder näher zu bringen.

### Erwiderung von Frederik Bajer

früherm Mitglied des dänischen Reichstags.

Meine Antwort leutet kurz: Man organisiere Europa nach dem Vorbild der Schweiz.

### Erwiderung von Lino Ferrani

früheren Generalprokurator von Italien.

Auf die beiden Fragen kann man nur günstig antworten, denn es handelt sich in Zukunft darum, das Völkerrecht zu bewahren, um es dann gegen jeden barbarischen Eingriff zu schützen. Die Zukunftskultur *muss* den Sieg erringen.

### Erwiderung von Prof. A. Einstein

(Berlin.)

Ich beantworte alle Ihre Fragen mit einem überzeugten *ja* und halte die Realisierung der hier in Frage kommenden Ziele für die wichtigste Aufgabe unserer Zeit.

Die Hauptschwierigkeit besteht darin, dass sehr starke persönliche Interessen sich dagegen auflehnen und dass in gewissen Ländern ein starkes Vorurteil im gegenteiligen Sinne mit viel Erfolg kultiviert wurde.

Fortsetzung der Antworten in unserer nächsten Nummer.

Verantwortl. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.